



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion:
Vollzugsprobleme bei Sorgerechtsfragen/Kampf-Scheidungen?**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: Bänziger, Beeler, Brenzikofer, Gosteli, Grossenbacher, Werthmüller und Wiedemann

Eingereicht am: 5. September 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Scheidungen sind für einen grossen Teil der Arbeit bei den Zivilgerichten und den Vormundschaftsbehörden verantwortlich. Das heutige Scheidungsrecht stellt im Falle einer Trennung/Scheidung eine einvernehmliche Lösung in den Vordergrund. Trotzdem ergeben sich auch heute noch äusserst unerfreuliche und für die Beteiligten sehr belastende Kampfscheidungs-Situationen.

In der Praxis ergeben sich bei diesen Kampfscheidungen durchaus Prozessdauern von 5 Jahren oder länger. Die Leidtragenden sind dabei meistens die betroffenen Kinder und dies obwohl das Kindeswohl das zentrale Ziel des Scheidungsrechts ist.

Es scheint so, dass die heutigen Prozeduren einen Anreiz bieten, Entscheidungen möglichst lange hinauszuzögern und einmal gefällte richterliche Entscheide durch Ignorieren und das folgende notwendige Eröffnen neuer Gerichtsfälle möglichst lange zu verzögern. Oft werden dadurch Fakten geschaffen, die dem eigentlichen Richterspruch diametral entgegenlaufen. Die Kosten für den Staat und die Gesellschaft sind ebenfalls enorm.

Häufig angewandte Taktiken in solchen Rechts-Streitigkeiten sind das punktuelle Verweigern des Besuchsrechts, unvollständige Angaben zur tatsächlichen Finanz- bzw. Lebenssituation oder unzuverlässiges Begleichen finanzieller Verpflichtungen. Diese "Taktiken" werden auch nach erfolgten Richtersprüchen angewandt. Der bzw. die Benachteiligten dieser Situation haben heute einen sehr schweren Stand zu ihrem Recht zu kommen. Sehr oft landen die entsprechenden Beschwerden dann wieder beim urteilenden Gerichtspräsidenten, welcher sich mit der schwierigen Situation konfrontiert sieht, seinem Richterspruch zur Umsetzung zu verhelfen. Diese Umsetzungsfragen belasten die Zivilgerichte und verlängern die Verfahrensdauer an den Zivilgerichten zusätzlich.

In diesem Sinne werden die Regierung und das Kantonsgericht gebeten die folgenden Fragen zu prüfen:

- **Besteht ein Vollzugsproblem bei den Gerichten bzw. den KESB in Sorgerechtsfragen? Falls ja, in welchen Bereichen?**
- **Welche Massnahmen können Regierung, Gerichte und/oder das Parlament ergreifen, um die missbräuchliche Nutzung von Rechtsmitteln einzuschränken?**
- **Welche Massnahmen können Regierung, Gerichte und das Parlament ergreifen, um Sorgerechtsfragen schneller zu entscheiden und diesen Entscheidungen auch Nachachtung zu verschaffen?**